

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Franziska Koch

Vereinte Nationen (UNO) kritisieren

Der Sprecher der Hochkommissarin für Menschenrechte in Genf, Rupert Colville, wandte sich am 27. März an die Regierung Sri Lankas und zeigte sich beunruhigt über die Nachricht, dass der verurteilte Täter des Massakers von Mirusuvil im Jahr 2000 vom Präsidenten begnadigt und aus dem Gefängnis entlassen wurde. Der ehemalige Armeesergeant Sunil Ratnayake war 2015 für die Ermordung von acht Zivilist(inn)en, darunter ein fünfjähriges Kind, nach einem mehr als zehn Jahre dauernden Prozess in letzter Instanz verurteilt worden (siehe Artikel im Heft). Vor Gericht standen fünf Angeklagte. Nur bei Sergeant Ratnayake kam es zu einer Verurteilung, die der Oberste Gerichtshof im Mai 2019 bestätigte. Dem Sprecher der Hochkommissarin war es wichtig zu betonen, dass es sich hier um einen der seltenen Menschenrechtsfälle aus dem jahrzehntelangen Konflikt zwischen den singhalesischen und tamilischen Konfliktparteien handelt, der jemals zu einer Verurteilung geführt hatte. Die Begnadigung durch den Präsidenten sei ein Affront gegenüber den Opfern und ein weiteres Beispiel dafür, dass Sri Lanka seinen internationalen Verpflichtungen nicht nachkomme, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere grobe Menschenrechtsverletzungen in sinnvoller Weise zu bewältigen. Die Opfer solcher Verletzungen und Verbrechen hätten das Recht auf Wiedergutmachung. Dazu gehöre, dass der Täter eine Strafe verbüße, die der Schwere seiner Tat angemessen ist.

UN-Sonderberichterstatter zur Versammlungsfreiheit

Am 20. Juni veröffentlichte der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung, Clément Nyaletsossi Voulé, seinen Bericht über Sri Lanka zur 44. Tagung des UN-Menschenrechtsrates (Dokument A/HRC/44/50/Add.1 vom 5. Mai 2020). Er unterstrich das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und erinnerte mit seinem Hinweis auf die nationale Gesetzgebung Sri Lankas daran, dass diese Menschenrechtsnorm auch in Sri Lanka gilt. Seine Äußerung und sein Bericht stießen im Land naturgemäß auf ein geteiltes Echo, da die Regierung insbesondere regierungskritische, öffentliche Versammlungen möglichst unterbindet. Über die Frage der Rechtmäßigkeit der Beschneidung von Frei-

heitsrechten im Zuge der Pandemiemaßnahmen tobt im Land ein heftiger Streit.

UN-Fachausschuss zur Frauenrechtskonvention

Die Berichterstatterin zu Sri Lanka im UN-Fachausschuss zur Frauenrechtskonvention (CEDAW), Lia Nardaraia, wandte sich am 11. März in einem Schreiben an die Regierung, um über die Beratung des Ausschusses zu zwei offen gebliebenen Fragen zu informieren. Im Anschluss an die mündliche Anhörung zum 8. Staatenbericht in Genf im Oktober 2017 hatte der Fachausschuss weitere Informationen erbeten. Die Regierung sollte erläutern, was sie nach der Anhörung unternommen hatte, um der Empfehlung von CEDAW (Dokument CEDAW/C/LKA/CO/8) nachzukommen, die diskriminierenden Bestimmungen in der Verordnung zur Landerschließung in Bezug auf Erbschaft, Vererbung und Miteigentum von Frauen zu ändern. Diese Verordnung existiert nach wie vor, und der Fachausschuss monierte folglich die langsamen Fortschritte bei der Änderung der einschlägigen Bestimmungen. Gelobt wurde die Regierung dafür, dass die von ihr bereitgestellten Informationen gründlich und umfassend gewesen und direkt auf die Nachfrage eingegangen waren.

UN-Sonderberichterstatter zur Religionsfreiheit

Der Bericht des UN-Sonderberichterstatters zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit äußerte scharfe Kritik an der Politik und den Maßnahmen der Regierung in Bezug auf die Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Sri Lanka. Der Sonderberichterstatter, Ahmed Shaheed, hatte sich im August 2019 im Land aufgehalten. In seinem Bericht (Dokument A/HRC/43/48/Add.2 vom 28. Februar 2020) machte er die Kultur der Straflosigkeit als eine der Hauptursachen für die fortgesetzten Angriffe auf religiöse Minderheiten verantwortlich. Er äußerte sogar die Vermutung, dass die Polizei in manchen Situationen an gewalttätigen Vorfällen beteiligt gewesen sein könnte. Regierungskritische Medien in Sri Lanka äußerten ein gewisses Verständnis für die zögerliche Antwort der Regierung auf diesen Bericht. Eine Antwort zu formulieren sei in der Tat nicht einfach, da der Inhalt des Berichts nichts als die Wahrheit ausspreche.